

Kurzbericht zum BMG-geförderten Forschungsvorhaben

Vorhabentitel:	ÖGD-FORTE – Forschungs-, Trainings- und Evidenznetzwerk zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes
Schlüsselbegriffe:	Öffentlicher Gesundheitsdienst, Public Health Forschung, partizipative Forschung, Forschungsnetzwerk, Evidenztransfer
Ausführende Stelle(n):	Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften (Verbundsprecher: Prof. Bozorgmehr) Robert-Koch-Institut, FG28 Robert-Koch-Institut, ÖGD-Kontaktstelle FG38 UKE Hamburg-Eppendorf Stadt Bielefeld/ Gesundheitsamt Gesundheitsamt Pforzheim/Enzkreis Fachamt Gesundheit Hamburg-Altona (Stellv. Verbundsprecherin: Dr. Susanne Pruskil) Nachwuchsnetzwerk Öffentliche Gesundheit
Projektleitung:	Prof. Dr. Kayvan Bozorgmehr
Laufzeit:	01.05.2021 - 31.12.2024
Gesamtfördermittel:	735.633 EUR

1. Vorhabenbeschreibung, Vorhabenziele

Das Vorhaben "ÖGD-FORTE" verfolgte zwei übergeordnete und miteinander verbundene Ziele. Erstens wurde ein bundesweites Forschungs-, Trainings- und Evidenznetzwerk zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) aufgebaut. Ende 2022 wurde die Möglichkeit geschaffen, dem ÖGD-FORTE-Netzwerk offiziell beizutreten – als Gesundheitsamt oder als forschungsinteressierte Einzelperson. Bis Ende des Förderzeitraums traten 19 Institutionen dem Netzwerk bei. Insgesamt bestand ein forschungsbezogener Kontakt zu über 30 Gesundheitsämtern und fünf Landesbehörden des ÖGD. Durch die aktive Einbindung von Mitarbeitenden aus kommunalen Gesundheitsämtern, Landesbehörden und Forschungseinrichtungen sollte eine dauerhafte Brücke zwischen Praxis und Wissenschaft geschlagen werden. Ein zentrales Anliegen war es, Forschung als Element der Qualitätsentwicklung im ÖGD zu etablieren, strukturell zu verankern und für die Akteurinnen und Akteure vor Ort nutzbar zu machen (Bozorgmehr et al., 2023).

Zweitens wurden innerhalb dieser kontinuierlich wachsenden Strukturen partizipative empirische Forschungsvorhaben und systematische Übersichtsarbeiten konzipiert und durchgeführt. So wurde einerseits in themen- und methodenfokussierten Workshops die Forschungskompetenz der interessierten Mitarbeitenden im ÖGD gestärkt. Andererseits wurden praxisrelevante Forschungsthemen ausgewählt und gemeinsam wurde das Studiendesign konzipiert. Unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorgaben wurden die empirische Erhebung und die Auswertung der Daten soweit möglich partizipativ unter der Leitung des Teams an der Universität Bielefeld durchgeführt. Die aus der Forschung entstandenen Ergebnisse werden sowohl für den akademischen Public Health Kontext als auch für die ÖGD-Praxis aufbereitet und gemeinsam publiziert. Beispielhaft kann hier die Studie „Arbeitsplatzbezogene psychische Belastung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Öffentlichen Gesundheitsdienstes im Zeitverlauf: eine mixed-

methods Studie (Psych-ÖGD)“ genannt werden, deren Entwicklung als Blaupause für eine partizipative Forschung mit dem ÖGD diene und die auch über das Ende der Projektlaufzeit hinaus weitergeführt wird (Mack et al., 2023).

Darüber hinaus wurden Strukturen zur Ausbildung des ÖGD Nachwuchses geschaffen. In Workshops zu innovativen kompetenzbasierten Lehrformaten – etwa dem Einsatz anvertraubarer professioneller Tätigkeiten im Praktischen Jahr – wurden Ansätze zur systematischen Weiterbildung zukünftiger Ärztinnen und Ärzte für eine Tätigkeit im ÖGD diskutiert. An der Medizinischen Fakultät des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) wurde im Rahmen des Studiengangs Medizin ein Modul mit Public-Health-Bezug weiterentwickelt, das Inhalte zur Versorgungsforschung, sozialer Determinanten von Gesundheit sowie struktureller Ungleichheit integriert.

2. Durchführung, Methodik

Die Projektorganisation gliederte sich in drei zentrale Arbeitspakete: Ein überregionales Forschungsnetzwerk (AP1), das die langfristige Kooperation zwischen universitärer Forschung und ÖGD-Praxis etablierte; ein Trainingsnetzwerk (AP2), das der systematischen Kompetenzentwicklung und der Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses im ÖGD diene; sowie ein Transfer- und Evidenznetzwerk (AP3), das den Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis erleichtern und wissenschaftliche Erkenntnisse anwendungsorientiert aufbereiten sollte.

Der strukturierte Aufbau des Netzwerks erfolgte über vier geografische Cluster, die jeweils von einem Kooperationspartner des Netzwerks geleitet wurden: Cluster Nord (Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein), Cluster Süd (Baden-Württemberg, Bayern), Cluster West (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland) und Cluster Ost (Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen). Diese Cluster fungierten als regionale Knotenpunkte zur Koordination von regionalen Forschungsvorhaben im Netzwerk und als Anlaufstellen, um weitere Gesundheitsämter für eine aktive Beteiligung zu gewinnen und den Netzwerkaufbau voranzutreiben. Die regelmäßigen Austauschformate wie kollegiale Beratungen und themenspezifische Workshops werden in den Clustern Süd und Nord auch nach dem Ende des Förderzeitraums weitergeführt.

3. Ergebnisse, Schlussfolgerung, Fortführung

Die im Rahmen des Projekts ÖGD-FORTE erzielten Ergebnisse beziehen sich nicht ausschließlich auf die empirischen Befunde der durchgeführten Studien, sondern umfassen insbesondere auch Prozessparameter bzgl. des erfolgreichen nachhaltigen Aufbaus tragfähiger Netzwerkstrukturen. Dieser strukturelle Aufbau stellt ein wesentliches Ergebnis des Projekts dar und schafft die Grundlage für eine langfristige Stärkung der Forschung im ÖGD.

Ein zentrales Beispiel für belastbare empirische Ergebnisse sind die Daten der Psych-ÖGD-Studie, die zeigen, dass zur Untersuchung der Entwicklung arbeitsplatzbezogener psychischer Belastungen im ÖGD ein längsschnittlich angelegtes Mixed-Methods-Design erforderlich ist. Nur auf diese Weise lassen sich Veränderungen im Kontext dynamisch auftretender Herausforderungen, wie beispielsweise pandemiebedingten Belastungen oder Fachkräftemangel, adäquat abbilden. Aufgrund der hohen Relevanz und der Anschlussfähigkeit der bisherigen Ergebnisse wird die Studie auch über den Förderzeitraum hinaus fortgeführt. Gleiches gilt für die Untersuchung zur indikatorengestützten Personalbedarfsplanung im ÖGD, die künftig Beiträge zu einer evidenzbasierten Steuerung personeller Ressourcen in Gesundheitsämtern erbringen soll.

Um die im Projekt geschaffenen Strukturen institutionell zu sichern und weiterzuentwickeln, koordinierte ÖGD-FORTE gemeinsam mit anderen BMG-geförderten Verbünden Überlegungen zur

Etablierung einer ÖGD-Forschungsplattform. Ziel einer möglichen Plattform wäre die Forschung im ÖGD systematisch zu fördern, wissenschaftliche und praktische Akteurinnen und Akteure strukturiert zu vernetzen und eine nachhaltige Infrastruktur für kooperative, praxisrelevante Forschung zu etablieren. Durch eine Plattform könnten die zahlreichen, bundesweit bestehenden lokalen oder überregionalen Netzwerke integriert, Fragmentierung reduziert, und Kooperation zwischen Forschung und ÖGD sowie Einrichtungen des ÖGD auf den verschiedenen föderalen Ebenen sowie den relevanten Fachgesellschaften gefördert werden.

4. Gender-Mainstreaming

Genderaspekte wurden im gesamten Projektverlauf systematisch berücksichtigt und als Querschnittsthema in alle Phasen der Projektarbeit integriert. Bei der Entwicklung der Studiendesigns der unterschiedlichen Forschungsvorhaben im Netzwerk wurden geschlechtsbezogene Unterschiede im Hinblick auf die Fragestellungen berücksichtigt. So wurde in der Psych-ÖGD-Studie deutlich, dass weibliche Beschäftigte insbesondere im Kontext der Pandemie häufiger mit Mehrfachbelastungen konfrontiert waren. Die Gestaltung von Weiterbildungs- und Disseminationsformaten folgte einem diskriminierungssensiblen, gendergerechten Ansatz. Materialien wurden sprachlich inklusiv formuliert und Veranstaltungsformate so organisiert, dass auch Interessierte mit Care-Aufgaben teilnehmen konnten. Außerdem wurden Gleichstellungsziele auch innerhalb der Projektstruktur umgesetzt, etwa durch transparente Entscheidungsprozesse und eine paritätische Besetzung der Projektleitung sowie der Mitarbeitendenstellen.

5. Umsetzung der Ergebnisse durch das BMG

Das übergeordnete Ziel des Projektes bestand darin, Public Health Forschung und ÖGD-Praxis weiter miteinander zu verzahnen. Hierdurch sollten ÖGD relevante Inhalte in die Forschung gespeist werden. Andererseits sollte das Handeln im ÖGD durch diese Maßnahme wissenschaftlich fundierter werden. Indem erfolgreich nachhaltige Netzwerkstrukturen aufgebaut wurden, konnte langfristig eine Grundlage zur Stärkung von Forschung im ÖGD gelegt werden. Die beiden durchgeführten Studien zur psychischen Belastung sowie zur Personalbedarfsplanung konnten auch über den Projektförderzeitraum verstetigt werden. Hierdurch wurden wichtige forschungsstrukturelle Voraussetzung geschaffen, um zukünftiges Handeln im ÖGD wissenschaftlich zu untermauern.

Das BMG hat in den untersuchten Bereichen keine direkte Regelungskompetenz. Es wird daher die Arbeitsgruppen „Grundsatzfragen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (AG ÖGD)“ der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) über die Ergebnisse unterrichten. Eine Verbreitung der Ergebnisse über die, durch den Bund geförderte, digitale Kollaborationsplattform für den Öffentlichen Gesundheitsdienst AGORA wird angestrebt

6. Verwendete Literatur

Bozorgmehr, K., Duwendag, S., Schmidt, K., Joggerst, B., Cremer, D., Hövener, C., Kajikhina, K., et al. (2023). ÖGD-FORTE: Evidenz für die Praxis. *Public Health Forum*, 31(4), 311-315. <https://doi.org/10.1515/pubhef-2023-0087> Titel anhand dieser DOI in Citavi-Projekt übernehmen

Mack, J., Schmidt, K., Duwendag, S., Cremer, D., Hudák, M., Kajikhina, K., Hoevener, C., et al. (2023). Partizipative Studienentwicklung zur arbeitsplatzbezogenen psychischen Gesundheit im bundesweiten Forschungs-, Trainings- und Evidenznetzwerk für die Öffentliche Gesundheit (ÖGD-FORTE). *Das Gesundheitswesen*, 85(S 01), S15. <https://doi.org/10.1055/s-0043-1762672> Titel anhand dieser DOI in Citavi-Projekt übernehmen

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Gesundheit



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages